

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

auch ich möchte Sie recht herzlich zu unserem Fachgespräch
„Kommunale Bürgerbeteiligung: Viel Aufwand – wenig Nutzen?“
begrüßen.

Mein Name ist Ellen Enslin und ich bin kommunalpolitische
Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion.

Für uns Grüne ist schon immer die bürgerschaftliche Mitbestimmung
und die Teilhabegerechtigkeit ein wesentlicher Aspekt in unserem
Politikverständnis gewesen.

Dazu gehören für uns natürlich auch direktdemokratische Elemente.

Seit **1993** gibt es in Hessen die Möglichkeit eines Bürgerentscheids
auf kommunaler Ebene in einem zweistufigen Verfahren.

§ 8b HGO rot/grün

2011 gab es eine weitere Änderung des § 8b Abs. 7

Neben der Verlängerung der Einreichfrist auf **acht** Wochen wurden
die Einleitungsquoten für größere Städte gestaffelt. In größeren
Städten waren die höheren Quoten eine Hürde, die oft nicht
genommen werden konnten. So scheiterten die Bürgerbegehren
schon bei der Einleitung.

§ 8b Abs. 7	mehr als 100.000	3%
	mehr als 50.000	5%
	sonstige	10%

Leider wurde das Zustimmungsquorum nicht geändert. Hier gilt noch 25% für alle Kommunen, unabhängig von ihrer Größe.

Wir Grüne haben hierzu gefordert, auch die Zustimmungsquoren für größere Städte zu staffeln:

über 100.000 Einwohner	10%
bis 100.000 Einwohner	15%
bis 50.000 Einwohner	20%

Außerdem wurde der Negativkatalog in § 8b dahingehend geändert, dass beim Bauleitverfahren ein Bürgerentscheid nur noch bis zum Aufstellungsbeschluss möglich ist. Auch hier haben wir gefordert, gerade wenn die wesentlichen Informationen zum Bauleitverfahren offen gelegt werden, noch mit einem Bürgerentscheid die Planungen geändert werden können.

Ferner gab es Erleichterungen um Verfahrensfehler zu vermeiden, indem der Gemeindevorstand jetzt beim Wortlaut der Fragestellung über die gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet.

Wir sind auch der Meinung, dass es auf Kreisebene die Möglichkeit eines Bürgerentscheids geben sollte.

Wir Grüne sind überzeugt, dass viele Projekte besser und nachhaltiger umgesetzt werden können, weil so auch in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für die politischen Prozesse erreicht werden können.

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung führt nicht automatisch zu verlängerten Planungs- und Bauzeiten, sondern kann sogar die Planungen verbessern.

In unserem Kommunalkonzept haben wir konkrete Vorschläge gemacht, die wir im Herbst 2011 vorgestellt haben, z.B. den Einwohnerantrag oder ein Petitionsrecht einzuführen. Außerdem haben wir empfohlen, in der 6./7. Klasse eine Demokratiewerkstatt einzuführen, aber auch über Quartierfonds die Menschen stärker in ihre Wohnviertel einzubeziehen oder über die verstärkte Nutzung des Internets z.B. mit einem Debattengraphen die Menschen in wichtige Projekte einzubeziehen. Aber ganz wichtig war uns, dass es endlich ein aktives Kommunalwahlrecht für junge Menschen ab 16 Jahren geben soll.

Bei der großen Herausforderung, die Energiewende „von unten“ voran zu bringen und die Kommunen zum Motor der Energiewende zu machen, regt sich bei geplanten Windparks oft Bürgerprotest.

Deshalb freuen wir uns besonders, mit Frau Dr. Antje Grobe eine ausgewiesene Expertin für die Bürgerbeteiligung gewinnen konnten. Frau Dr. Grobe betrachtet kontrovers diskutierte Projekte, zur Energiewende und zum Klimaschutz. Sie analysiert die Bedingungen und Faktoren und leitet daraus Parameter für eine gelungene Bürgerbeteiligung ab.

Ein besonderes Anliegen ist es uns, wie können wir junge Menschen in den Bürgerbeteiligungsprozess einbeziehen und wie soll „echte Jugendbeteiligung“ aussehen?

Hier wird uns Kati Mühlmann vom Hessischen Jugendring, zuständig für den Bereich Jugendbeteiligung, ihre Forderungen für Jugendbeteiligung vorstellen.

Daneben interessiert uns aber natürlich, was tut sich in den hessischen Kommunen bei der Bürgerbeteiligung. Wir wissen, dass Bürgerbeteiligungsprojekte mit großer Euphorie angegangen worden sind, aber die Ergebnisse auch sehr ernüchtern sein können und hinter den Erwartungen bleiben. Gerade hat die Stadt Frankfurt beim ihren Bürgerhaushalt einen Gang zurück geschaltet.

Herausgekommen war wenig Konstruktives oder gar Neues.

Außerdem war die Beteiligungsquote sehr niedrig und zu dominant politisch organisierten Teilnehmer.

Nun soll nach einer Analyse des Prozesses der Bürgerhaushalt weiter entwickelt werden.

Auch in Darmstadt und Gießen werden die Bürgerinnen und Bürger besonders miteinbezogen.

Imke Jung-Kroh, die Bürgerbeauftragte aus der Wissenschaftsstadt Darmstadt und Christian Otto aus Gießen sind dort für die Bürgerbeteiligung zuständig. Sie werden von ihren Erfahrungen in der praktischen Umsetzung von Bürgerbeteiligung berichten und Anregungen geben.

Ich bin überzeugt, dass wir interessante Vorträge zu hören bekommen. Aber natürlich freue ich mich auch auf eine spannende Diskussion mit Ihnen hier heute.

Nach den Vorträgen gibt es die Möglichkeit, kurz Fragen zu stellen. Nach allen Vorträgen haben Sie natürlich noch einmal die Gelegenheit, gemeinsam zu diskutieren.

Jetzt möchte ich an unsere erste Referentin Frau Dr. Anje Grobe das Wort weiter geben.

Seit mehr als 18 Jahren führt sie Bürgerbeteiligungsverfahren durch schwerpunktmäßig zur Energiewende und Infrastrukturprojekten. Sie

ist Geschäftsführerin von DIALOG BASIS und lehrt an den
Universitäten Stuttgart und St. Gallen in der Schweiz.

Herzlich willkommen Frau Dr. Antje Grobe!